

Fritz Reheis

Historische Bedingungen des Projekts von 1917

Einleitung

Es ist nicht einfach, sich ein verlässliches Bild über die Sowjetunion zu verschaffen. Nicht nur, weil sich dieser Staat von seinem Selbstverständnis her bis heute bewußt von vielem abgrenzt, was in der sogenannten Ersten Welt als unverzichtbares normatives Fundament gilt. Auch, weil Daten über die Sowjetunion mit großer Vorsicht zu behandeln sind. Informationen etwa über das ökonomische Potential tragen stets den Stempel derer, die sie herausgegeben haben. Jüngstes Beispiel: Die Mitte 1990 beim Weltwirtschaftsgipfel in Houston in Auftrag gegebene Gemeinschaftsstudie von Weltbank, IWF und OECD schätzt das sowjetische Pro-Kopf-Einkommen auf ein Zehntel des amerikanischen, der CIA hatte jahrelang von einem Drittel gesprochen. Ähnliches haben Militärexperten für den Bereich der Rüstungspolitik seit langem beobachtet. Ein wissenschaftlich anspruchsvolles Urteil über die Sowjetunion, insbesondere über das Scheitern des Projekts von 1917, sollte deshalb sehr selbstkritisch mit Anspruch und Wirklichkeit der Geschichte dieses Staates umgehen.

Davon ist man in der gegenwärtigen Diskussion - so meine These - meist noch weit entfernt. Das Ende des 1917 begonnenen Weges wird fast überall kurzerhand auf dessen sozialistisch-planwirtschaftliche Grundorientierung zurückgeführt. Diese Erklärung ist allein schon deshalb unhaltbar, weil vom Scheitern eines singulären historischen Projekts bekanntlich aus rein logischen Gründen niemals auf eine bestimmte Voraussetzung dieses Projekts geschlossen werden kann. Zum andern können auch gute empirische Gründe für die Erklärung dieses Scheitern genannt werden, die nichts mit den sogenannten Funktionsproblemen von Planwirtschaften zu tun haben. Ich werde im folgenden einige historische Bedingungen für die Entwicklung der Sowjetunion seit 1917 darstellen, die das Transformationsprojekt am Anfang und während seiner ganzen Dauer schwerstens belastet haben und somit für das Scheitern auf alle Fälle *mit* verantwortlich zu ma-

chen sind. Diese Bedingungen, die aus jedem besseren Handbuch entnommen werden können, gelten in der etablierten Geschichtswissenschaft als weitestgehend unbestritten und dürften so dem oben genannten Anspruch der selbstkritischen Datenprüfung standhalten.¹ Man muß nur bereit sein, die sowjetische Geschichte *auch* mit 'den Augen der anderen' sehen zu wollen. Ich beginne mit einigen externen Bedingungen, komme dann zu internen und benenne zum Schluß einige verhängnisvolle Wechselwirkungen zwischen Einzelfaktoren.

1. Externe Bedingungen

a. Anfangsphase

Unstrittig ist, daß die zum Zeitpunkt der russischen Revolution einige der maßgebenden Großmächte, insbesondere England, Frankreich und die USA, von Anfang an ein starkes Interesse daran hatten, die Etablierung des aus dem revolutionären Flügel der russischen Sozialdemokratie hervorgegangenen sozialistischen Staates zu verhindern. England und Frankreich ging es zwar zunächst um primär strategische Überlegungen im Zusammenhang mit der Fortführung des Krieges gegen Deutschland und auch um die Rückgewinnung ihrer durch die Nationalisierung verlorengegangenen Kapitalanlagen in Rußland.² Ausschlaggebend war jedoch das Motiv der grundsätzlichen Bekämpfung der sozialistischen Gefahr. "Wenn nicht unverzüglich dem Bolschewismus in Rußland ein Ende bereitet wird", so der britische Botschafter in Moskau kurz nach dem Sieg der revolutionären Kräfte in einem Telegramm nach London, "ist die Zivilisation in der ganzen Welt bedroht." (zit. nach Kade, 13) Das war der Startschuß zu einer koordinierten Militäraktion zur Erstickung der Revolution, die im März 1918 begann und bei der über eine Million Soldaten aus 13 kapitalistischen Ländern den 'Weißen', einer Koalition aus zaristischen, großbürgerlichen, menschwistischen und sozialrevolutionären Kräften, zum Sieg verhelfen

- 1 Ausgeklammert bleiben damit all jene Bedingungen, die mit dem Anspruch dieses Projekts zusammenhängen, so wie er weit vor 1917 in der sozialistischen Theorie formuliert worden war. Auch soll durch die Beschränkung auf objektive Bedingungen keinerlei Alibi für subjektive Verfehlungen erteilt werden.
- 2 Die französischen Investitionen z.B. waren beträchtlich. Die Regierung in Paris hat Ende Oktober 1990 die aus zaristischen Zeiten stammenden russischen Schulden gegenüber Frankreich mit 70 Mrd. Mark beziffert, und Gorbatschow hat anlässlich seines Besuchs in Paris die prinzipielle Rückzahlungswilligkeit bekräftigt.

wollten. Die von Rußland ausgehende Gefahr wurde u.a. deshalb so ernst genommen, weil auch in Deutschland, dessen Regierung die Oktoberrevolution ja erst ermöglicht hatte, zu jener Zeit noch keineswegs geklärt war, ob nicht ebenfalls die radikale Linke, die USPD und Teile der SPD, an die Macht kommen würden.

Zwar äußerten der englische Premierminister Lloyd George und der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau Bedenken wegen der Durchführbarkeit eines solchen 'Kreuzzugs' gegen den Bolschewismus, das Ziel der Verhinderung eines sozialistischen Staates war aber unbestritten. Die englische und französische Regierung befürchteten, daß im Falle eines stärkeren militärischen Engagements die in der Arbeiterschaft bereits ausgebrochenen sozialistisch und pazifistisch motivierten Streiks eskalieren könnten, und vor allem war man über die Meldungen von Meutereien an der russischen Front besorgt. Letzteres war schließlich auch der Grund für den Rückzug der Interventionstruppen, die englischen und französischen bereits im Sommer 1920, die japanischen erst 1922. (Rauch, 120-123)

Nach rund fünf Jahren Bürgerkrieg, nachdem zeitweilig drei Viertel Rußlands der Roten Armee entrissen waren, konnten die Bolschewisten den Bürger- und Interventionskrieg für sich entscheiden. Der Aufbau des Sozialismus sollte beginnen. Die Ausgangsbasis nach verlorenem Ersten Weltkrieg und insgesamt siebeneinhalb Jahren Krieg: 1,7 Millionen Menschen waren umgekommen, die Produktion war drastisch gesunken, die Lebensmittelversorgung war katastrophal und der Widerstand aus unterschiedlichsten sozialen und politischen Lagern nahm enorm zu (z.B. Kronstädter Aufstand). Erst im Laufe der 20er Jahre wurde der neue Staat, der sich durch seine wirtschaftliche und politische Ordnung aus dem kapitalistisch-bürgerlich-demokratischen Weltsystem ausgekoppelt hatte, vom Westen langsam anerkannt (1924 von England und Frankreich, 1933 zuletzt von den USA). Deutschland war während dieser Anfangsjahre der Sowjetunion praktisch die einzige außenpolitische und außenwirtschaftliche Stütze.

b. Mittelphase

Die Mittelphase des Transformationsprojekts, etwa zwischen 1925 und 1945, war durch sich kontinuierlich verschärfende äußere Bedrohungen an der Ost- und Westgrenze des Großreiches gekennzeichnet: Im Osten war die Sowjetunion 1929 in einen bewaffneten Konflikt mit dem vorrevolutionären China verwickelt, und 1931, nach der japanischen Besetzung der Mandschurei, wurde sie durch das von Japan verkündete Ziel, Asien beherrschen zu wollen (Tanaka-Memorandum von 1927), bedroht. An der

Westgrenze der Sowjetunion hatten England und Frankreich einen Gürtel kleiner Staaten geschaffen, der als Cordon Sanitaire gegen die Ausbreitung der Revolution nach Westeuropa wirken sollte. Dieser osteuropäische Cordon, der als passiver Schutz konzipiert war, bestand aus ursprünglich demokratischen Staaten. Dies änderte sich aber unter dem Druck innerer Wirtschafts- und Nationalitätenprobleme sehr schnell, fast alle wandelten sich zu autoritären und, unter dem Einfluß des in Italien und Deutschland aufziehenden Faschismus, zu faschistoiden und potentiell aggressiven Staaten (Polen und Litauen ab 1926, Rumänien ab 1930, Lettland ab 1934). Die Gefahr aus dem Westen verschärfte sich für die Sowjetunion durch den Anschluß Österreichs an Deutschland im März 1938, die Auflösung der Tschechoslowakei zwischen September 1938 und März 1939 und die beginnende Zusammenarbeit der baltischen Staaten miteinander (Baltische Entente) und deren Nichtangriffspakt mit Deutschland 1939. Das Zusammenwirken des östlichen und westlichen Gegners wurde 1936 im Antikominternpakt besiegelt, dem ein Jahr darauf noch Italien und Ungarn beitraten. Alles in allem machte sich in der UdSSR das Gefühl breit, in einer bedrohten Festung zu leben.

Nun wird oft eingewendet, die Sowjetunion habe sich die Bedrohung aus dem Westen selbst zuzuschreiben, da dessen Angst vor einem weiteren Vordringen der Roten Armee begründet gewesen sei. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Gefahr eines solchen Revolutionsexports spätestens ab Mitte der 20er Jahre nicht mehr gegeben war, seit sich nämlich in der Sowjetunion Stalin mit seinem Konzept des 'Sozialismus in einem Lande' durchgesetzt hatte und damit in Hinblick auf das Verhältnis zum Westen das im Dezember 1925 auf dem XIV. Parteitag von Stalin verkündete Prinzip der 'friedlichen Koexistenz' gültig wurde. (Ruffmann 1972, 105f.) Dies bedeutete zwar keine Aufgabe des Ziels der Weltrevolution, aber immerhin eine unter dem Druck der Verhältnisse im Ausland (Ausbleiben revolutionärer Bewegungen in Deutschland, England usw.) und im eigenen Land (Notwendigkeit der ökonomischen und politischen Konsolidierung) entstandene neue Akzentsetzung, vielleicht auch nur Klarstellung hinsichtlich der Mittel, mit denen die aus der kapitalistischen Eigenlogik heraus erwartete Weltrevolution gefördert werden könnte.³ Im Blick auf das fakti-

3 Meines Wissens gibt es auch in den Schriften Lenins keinen Beleg für die Absicht, die Revolution mit Waffengewalt exportieren zu wollen. Allerdings machte Lenin immer wieder klar, daß Kommunisten keine Pazifisten sind, daß Revolutionen in der Regel mit Bürgerkriegen einhergehen, daß für Kommunisten die Klassenfrage Vorrang vor der staatlichen Integrität habe, daß Proletarier kein "Vaterland" haben (Marx) und daß die Weltrevolution irgendwann einmal kommen werde. Vgl. z.B. Leonhard, 109-118, 123f., 137ff.

sche Verhalten der Sowjetunion resümiert Karl-Heinz Ruffmann, einer der besten Kenner der sowjetischen Geschichte, daß "in der Außenpolitik aller bisherigen Kreml-Führer das spezifische ideologische Ziel der Ausbreitung des eigenen politischen und gesellschaftlichen Systems über die Welt nie den Vorrang hatte" (Ruffmann 1987, 143), die Sowjetunion vielmehr aus "handfesten Erfahrungen" mit dem als prinzipiell feindselig wahrgenommenen Westen zur "militärischen Überversicherung" zum Zweck des Erhalts der eigenen Macht neigte (ebd., 139).

Die sowjetische Angst vor Gefahren aus dem Westen wurde in der zweiten Hälfte der 30er Jahre noch dadurch verschärft, daß weder Frankreich noch England ein ausreichendes Interesse an sicherheitspolitischer Zusammenarbeit mit der UdSSR erkennen ließen. Diese hatte einigen Grund zu befürchten, daß Englands Appeasementpolitik gegenüber Deutschland nicht aus pazifistischer Gesinnung, sondern aus dem Willen gespeist wurde, das faschistische Deutschland als antikommunistisches Bollwerk mit aggressiv-expansionistischen Absichten zu akzeptieren und sogar zu ermutigen. Als nach der Besetzung Österreichs die Sowjetunion eine Konferenz mit England und Frankreich vorschlug, um ein gemeinsames Vorgehen gegen weitere expansive Schritte Deutschlands zu koordinieren, und dieser Vorschlag abgelehnt wurde, verdichtete sich diese Befürchtung. (Ruffmann 1972, 179f.) Die Untätigkeit der westlichen Großmächte angesichts des Überfalls des faschistischen Italiens auf Abessinien 1935 und des vom internationalen Faschismus unterstützten Sturzes der gewählten spanischen Volksfrontregierung 1936 sowie des anschließenden Bürgerkriegs waren weitere Warnsignale und belegten in den Augen der Sowjets die Begründetheit ihrer Angst. Der sowjetische Botschafter in London in seinen Erinnerungen über jene Vorkriegsjahre: In den Kreisen um Außenminister Lord Halifax und Premierminister Neville Chamberlain vertrat man das Konzept der "westlichen Sicherheit", man "ergötzte sich an den Aussichten einer gegenseitigen sowjetisch-deutschen Ausrottung". (zit. nach Rosenfeld/Schützler, 113) Auch aus westlicher Sicht erscheint im nachhinein die sowjetische Situationswahrnehmung verständlich. Ruffmann: Die Beibehaltung der Appeasementpolitik auch noch während der Sudetenkrise, die zu dem ohne sowjetische Mitwirkung abgeschlossenen Münchner Abkommen führte, war ein "schwerer Schlag" für Moskau und erzeugte dort das Gefühl, Hitler habe nun freien Weg nach Osten. (Ruffmann 1972, 180)

Die Zurückhaltung Englands und Frankreichs wird oft dadurch erklärt, daß Versuche zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, etwa gemeinsame Garantieerklärungen für osteuropäische Staaten, nicht nur an der Weigerung der betreffenden Länder, die Angst hatten,

zu sehr in den sowjetischen Einflußbereich zu geraten⁴, gescheitert seien, sondern auch daran, daß kaum jemand die Bedrohung der SU durch Deutschland ernstgenommen habe. Demgegenüber muß erstens festgestellt werden, daß in England die Labour-Party wie auch konservative Oppositionelle sehr wohl für ein deutliches Zugehen auf die UdSSR plädiert haben und diese Politik als die einzig erfolversprechende in Hinblick auf die Eindämmung des deutschen Hegemonialstrebens angesehen haben. Doch die Regierung ließ sich Zeit, schickte untergeordnete Beamte, teils via Schiff, zu entsprechenden Verhandlungen nach Moskau. Das Urteil Ruffmanns: London hat es versäumt, "Moskau rechtzeitig auf eine gemeinsame vertragliche Linie gegen Hitlers zügellose Expansionspolitik festzulegen". (Ruffmann 1972, 181)⁵ - Und zweitens zeigte ein Blick in den zweiten Band von Hitlers *Mein Kampf* von 1927, wie groß die Gefahr für die Sowjetunion wirklich war. Während Hitler nämlich ursprünglich wie alle anderen national Gesinnten in Deutschland lediglich die Revision des Versailler Vertrags gefordert hatte, entwickelte er in *Mein Kampf* eine weit darüber hinausgehende Lebensraumprogrammatik. In den Kapiteln 13 bis 15 charakterisiert er zunächst die außenpolitische Situation Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg und beschreibt die Fehler, die zu der "Niederlage" von 1918 geführt haben. Deutschland hätte, so Hitler, entweder auf den überseeisch orientierten Handel setzen müssen, wäre dann aber unweigerlich mit England in einen Krieg geraten, oder auf kontinentale Expansion, was zum Zusammenstoß mit Rußland geführt hätte. Die kaiserliche Regierung habe den Krieg vermeiden und beides verbinden wollen, das sei ihr Fehler gewesen. (Hitler, 691) Weil Deutschland, auch wenn es später militärisch wiedererstarkt sein würde, aufgrund der Aufteilung der Welt unter die großen Kolonialmächte keine "Weltmacht" mehr werden könne, bleibe nur eine Konsequenz, nämlich Lebensraum im Osten, also "*Rußland* und die ihm untertanen Randstaaten" zu schaffen. (ebd., 742, Hervorhebung im Original) Originalton Hitler: "Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Rußland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volk jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und ga-

4 Das Baltikum, Ostpolen und östliche Gebiete Rumäniens hatten ja vor 1917 bereits zum Zarenreich gehört, sich aber während des Bürgerkriegs losreißen können und hatten nun Angst vor langfristigen Wiedervereinigungsinteressen Stalins wie auch vor kurzfristigen militärstrategischen sowjetischen Interessen (z.B. Durchmarschrecht durch Polen, Recht zur Errichtung von Stützpunkten im Baltikum und in Finnland). Vgl. Rauch 319ff.

5 Literatur zu den Motiven der englischen Außenpolitik siehe Erdmann, 270, Anmerkung 1.

rantierte." (ebd.) Da in Rußland zudem die "germanischen Elemente" durch "jüdische" "ausgelöscht" worden seien, sei Rußland "reif zum Zusammenbruch". Die Deutschen seien

"vom Schicksal ausersehen", "Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassen-theorie sein wird". (ebd., 743)

Und zur Methode der Lebensraumpolitik heißt es zwei Seiten davor:

"So wie unsere Vorfahren den Boden, auf dem wir heute leben, nicht vom Himmel geschenkt erhielten, sondern durch Lebenseinsatz erkämpfen mußten, so wird auch uns in Zukunft den Boden und damit das Leben für unser Volk keine göttliche Gnade zuweisen, sondern nur die Gewalt eines siegreichen Schwertes." (ebd., 741)*

Dahinter steckt der auch damals schon allgemein bekannte sozialdarwinistische Kerngedanke der nationalsozialistischen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung: Allein die Kraft des Stärkeren kann Recht setzen, es gibt keine über dieser Kraft stehende rechtsetzende Autorität. Ostexpansion, Vernichtung des Bolschewismus und Ausrottung des Judentums sind in diesem Programm zusammengefaßt. Das Fazit Karl-Dietrich Erdmanns im *Handbuch der deutschen Geschichte*: "Das raumpolitische Programm Hitlers war in seiner Eindeutigkeit und Kühnheit so herausfordernd, daß kaum jemand, der *Mein Kampf* las, ihn beim Wort nahm." (Erdmann, 29) Bekanntlich spielten diese Aussagen in der Tat für die Wahlerfolge der NSDAP kaum eine Rolle, englische und sowjetische Deutschlandexperten dürften sie aber insbesondere nach 1933 mit wachsender Aufmerksamkeit studiert haben. Zwar war man in Moskau unmittelbar nach der Machtergreifung noch davon überzeugt, Hitler sei nur eine kurze Übergangerscheinung auf dem Weg zu einem sozialistischen Deutschland,⁷ aber nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 nahm die

* Anmerkung des Hrsg.: Diese Ausführungen schließen mit dem im Original gesperrt gedruckten Satz: "Unsere Aufgabe (...) aber ist, unser eigenes Volk zu jener politischen Einsicht zu bringen, daß es sein Zukunftsziel nicht im berausenden Eindruck eines neuen Alexanderzuges erfüllt sieht, sondern vielmehr in der emsigen Arbeit des deutschen Pfluges, dem das Schwert nur den Boden zu geben hat" (ebd.; 743).

7 Diese Fehleinschätzung war u.a. eine Konsequenz aus einer fragwürdigen Faschismustheorie. Und sie hatte ihrerseits zur Folge, daß sie, über die Komintern als offizielle Richtlinie für die kommunistischen Parteien in Europa verbindlich gemacht, in Deutschland für den Sozialfaschismusvorwurf an die SPD und damit für die Paralyisierung der Arbeiterbewegung als einzigem möglichem Widerstandspotential entscheidend mitverantwortlich wurde. Vgl. Kühnl, 37-46.

sowjetische Regierung die von den neuen Machthabern in Deutschland ausgehende Gefahr ernst. (Ruffmann 1972, 173)⁸ - Angesichts dieser deutschen Zielsetzungen und des Scheiterns des von Stalin jahrelang verfolgten Ziels eines 'Kollektiven Sicherheitssystems' war das außenpolitische Lavieren der Sowjetunion zwischen Deutschland und England in der Zeit zwischen September 1938 (Münchener Abkommen) und dem Hitler-Stalin Pakt im August 1939 aus der Perspektive der sowjetischen Sicherheitsinteressen konsequent. Das geheime Zusatzprotokoll brachte Stalin darüber hinaus die Möglichkeit, die im Bürgerkrieg verlorengegangenen Gebiete des alten Zarenreiches wieder zurückzuholen.⁹

Daß es zur "gewaltigsten Bestätigung der Rassentheorie" nicht gekommen ist, verdankt die Welt nicht zuletzt dem militärischen Potential, das die Sowjetunion 1941 Deutschland entgegenstellen konnte. Die Bilanz für die Sowjetunion: zunächst Verfünfzehnfachung der Rüstungsausgaben zwischen 1933 und 1940 bis auf 1/3 der Staatsausgaben (Deppe/Meyer, 15),

-
- 8 Die außenpolitischen Ziele der Nazis konnten aus marxistisch-leninistischer Perspektive auch deshalb realistisch erscheinen, weil sie mit den Interessen der deutschen Großindustrie teilweise gut vereinbar waren. Der Reichsvorsitzende der Deutschen Industrie, Carl Duisburg, 1931: "Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bourdeaux bis Odessa" wird Europa das nötige "Rückgrat" in der Weltpolitik geben. (zit. nach Kühnl, 24). Und heute weiß man, daß auch in geheimen Reichswehrdenkschriften bereits 1926 der "kriegerische Weg" zur Wiedergewinnung der "europäischen Stellung" und "viel später" der "Weltstellung" erwogen wurde. (ebd., 25). Umstritten ist lediglich, wie aktiv diese Industrieinteressen bei der Planung und Durchführung des Kriegs gegen Rußland beteiligt waren und ob Hitler so etwas wie einen außenpolitischen "Stufenplan" (so Andreas Hillgruber) hatte. Letzteres wurde aufgrund des 1928 verfaßten unveröffentlichten 'Zweiten Buches' Hitlers vermutet, in dem er davon spricht, daß nach der Eroberung Frankreichs und Rußlands ein Konflikt mit den USA zu erwarten sei, in dem es um die letzte Weltherrschaft gehe. (Erdmann, 29)
- 9 Je nach Standpunkt werden bei der Einschätzung der Motive Stalins unterschiedliche Akzente gesetzt: Die sowjetische Interpretation ignoriert das Zusatzprotokoll und damit das Expansions- bzw. Wiedervereinigungsmotiv, reduziert alles auf das Motiv des Zeitgewinns und der Errichtung strategischer Stützpunkte, besonders an der Ostseeküste, oder gar auf die Hoffnung Stalins, die SU könne sich aus dem erwarteten "imperialistischen Konflikt" ganz heraushalten; Chruschtschow vermutete sogar, wie im übrigen auch ein ehemaliger schwedischer Moskaubotschafter, Stalin habe Hitler in den Krieg mit England und Frankreich, an dessen Ende dann die Weltrevolution hätte stehen sollen, hineinstoßen wollen. Die westliche Literatur sieht bei Stalin das "Doppelmotiv Sicherheit und Beute". (Erdmann, 268, insbes. Anmerkung 16 und 17).

dann nach neuesten Angaben 27 Millionen Tote, ungeheure wirtschaftliche Schäden und politische Instabilitäten bis hin zu Kämpfen gegen deutschlandfreundliche Partisanen, die in der Ukraine noch bis zwei Jahre nach Kriegsende fort dauerten (Loth, 45). Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren 3/4 des Anlage- und 2/3 des Industriepotentials auf 5% der Erdoberfläche konzentriert: auf die USA. (Horowitz, 66)

c. Endphase

Die historischen Bedingungen der Endphase des sozialistischen Transformationsversuchs werden durch das Wort "Kalter Krieg" charakterisiert. Die Sowjetunion versuchte, den nach dem Ersten Weltkrieg gegen sie errichteten Cordon Sanitaire nun aufgrund der Erfahrungen der vorausgehenden zehn Jahre umzudrehen, schuf sich in Osteuropa also ihren eigenen Satellitengürtel. Es stellte sich schnell heraus, daß dies nur möglich war, indem nationale Selbstbestimmungsrechte und demokratische Spielregeln z.T. grob verletzt wurden. Die USA versuchten auf der anderen Seite, den Wirkungsbereich der Sowjetunion in Osteuropa einzuschränken, sie forderten die Sowjetunion bereits während des Krieges auf, sich öffentlich zu den am Vorbild des Völkerbundes orientierten und in der Atlantik-Charta bereits 1941 festgelegten Prinzipien für eine weltweite Nachkriegsordnung (One-World-Vision), vor allem zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu bekennen. Aus der Gegensätzlichkeit dieser beiden Sicherheitsstrategien erklären sich das nach dem Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition schnelle Wiederaufleben des Ost-West-Gegensatzes, die Formierung der Fronten, der Wandel vom amerikanischen One-World-Vision-Konzept zum Containment-Konzept, bis hin zur Etablierung von Nato und Warschauer Pakt.

Eine detaillierte Analyse dieser Prozesse zeigt, daß diese Ereignisse keinesfalls als bloßes Reagieren des Westens auf den Osten beschrieben werden können, wie immer noch sehr oft behauptet wird. Es handelte sich vielmehr um Wechselprozesse, bei denen aber die Verteilung der Handlungsspielräume von Anfang an sehr asymmetrisch war, nämlich eindeutig zugunsten des Westens. (Loth, 94-118, 256-275) Bezeichnend für eine Einstellung zur Sowjetunion, die in den USA - und nicht nur dort - bei Kriegsende, als im April 1945 Harry S. Truman Präsident wurde, weit verbreitet war, ist eine Äußerung Trumans aus dem Jahr 1941. Damals hatte er als einfacher Senator, der aber immerhin Vorsitzender der 'Truman-Komitees zur Kontrolle der Rüstungsproduktion' und ab November 1944 Vizepräsident war, gegenüber der New York Times unter dem Eindruck der nach Osten marschierenden deutschen Truppen geäußert:

"Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und die Deutschen auf diese Weise so viele wie möglich umbringen lassen ..." (zit. nach Horowitz, 52).

Diese Form ideologisch geprägter Pragmatik in England und den USA während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren war sowjetischen Diplomaten hinreichend bekannt. (Sipols, 17-26)

Die Sowjetunion war durch solche Meldungen aus dem Westen doppelt motiviert, einen zuverlässigen Cordon Sanitaire zu errichten und verfolgte zudem das ehrgeizige Ziel, mit den USA, die bis 1949 das Atomwaffenmonopol besaßen, militärisch gleichzuziehen. Dies alles war mit enormen Lasten verbunden. Die wirtschaftliche Integration Osteuropas in den RGW soll die SU zwischen 1960 und 1980 87 Mrd. Dollar an Subventionen gekostet haben. (Beyme, 128) Auch die Überlebensfähigkeit des befreundeten Kubas, des einzigen wirklichen Auslandsstützpunkts der Sowjetunion, der zudem strategisch günstig vor den Toren des westlichen Machtzentrums lag¹⁰, war bekanntlich ziemlich teuer. Insgesamt kann es nicht verwundern, daß der Westen die Sowjetunion in die Knie zwang. Die UdSSR befand sich nämlich in allen machtpolitisch relevanten Hinsichten in der schlechteren Position: geographisch wegen der langen Grenzen und der schlechten Meereszugänge; wirtschaftlich, weil nahezu die gesamte industrialisierte Welt gegen sie stand; technologisch wegen des historisch bedingten Entwicklungsrückstands; bündnispolitisch wegen der fortwährenden Erosionsgefahr im Sicherheitsgürtel. (Reheis)

Aus dieser überlegenen Position des Westens heraus verkündeten sämtliche amerikanischen Präsidenten seit 1945 das Ziel, ein Gleichziehen der Sowjetunion als zweite Weltmacht verhindern zu wollen, viele wollten darüber hinaus auch die Auflösung des Sowjetimperiums und die Rückkehr der dabei entstehenden Gebilde in das westliche Weltsystem bewirken (Schweigler, 323). Ein Mittel hierzu war das Aufrüstungsprogramm der USA und der Nato: Unbestritten ist heute, daß nahezu alle rüstungstechnologische Innovationen zwischen der ersten Atombombe und dem SDI-Programm auf das Konto des Westens gehen (z.B. Grupp, 34), der Sowjetunion blieb immer nur die Kompensation von Qualität durch Quantität, der rüstungstechnologische Rückstand betrug drei bis sechs Jahre. Diese Kompensations- und Aufholversuche kosteten die SU nach Berechnungen von SIPRI z.B. bereits für 1977 rund 10% des BSP, die vorausseilenden USA kamen mit 5% aus. (SIPRI, 62) Die von den USA teilweise gegen den Widerstand ihrer westeuropäischen Verbündeten durchgesetzte Technolo-

10 Im Gegensatz zu den USA, die über einen Gürtel von Auslandsstützpunkten verfügten, der sich rund um die ganze Sowjetunion erstreckte.

gieembargopolitik (Stichwort COCOM-Liste) ergänzte diese Strategie. Allerdings wich in den 70er Jahren u.a. infolge des Vietnam-Traumas die bis dahin offiziell gültige und praktizierte, ja sogar auf die Dritte-Welt angewendete Containment-Politik einer "Ära der Verhandlungen", doch mit der Präsidentschaft Ronald Reagans ab 1980 fand die amerikanische Außenpolitik zu ihren alten Prinzipien zurück. (Görtemaker). Mit Reagan kam ein Präsident an die Macht, der den Amerikanern im Wahlkampf nicht nur unverhüllt militärische Überlegenheit über die Sowjetunion versprach, sondern sich als Missionar Gottes sah, dem aufgetragen sei, an der endgültigen Befreiung der Welt vom Kommunismus mitzuwirken.¹¹

Fazit: Die Außenwelt hat den sich über sieben Jahrzehnte hinziehenden Versuch einer sozialistischen Transformation aus vielfachen Gründen und mit unterschiedlichen Mitteln beträchtlich erschwert, wobei die deutsche Politik der Sowjetunion besonders wechselhafte Erfahrungen bereitet hat. Allerdings hat die Sowjetunion zu dieser westlichen Politik faktisch beigetragen: Erstens, weil sie - besonders zu Beginn der ersten Phase - allein durch ihre Existenz als mögliches Vorbild für revolutionäre Bewegungen in Westeuropa bedrohlich war. Zweitens, weil sie - besonders zu Beginn der dritten Phase - einerseits am Primat des eigenen Machterhalts immer festgehalten hat, sich dabei konsequenterweise auch über weltweit anerkannte Spielregeln - wie das nationale Selbstbestimmungsrecht - hinweggesetzt hat, andererseits aber die Verbindlichkeit dieser Spielregeln immer wieder beteuert hat, um als souveräner Staat wie jeder andere auf der Bühne des internationalen Geschehens anerkannt zu werden. Daß die Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität in der realen Politik Vorrang hat vor der Gewährung von Grundrechten, dies dürfte allerdings kein Spezifikum

11 Dem Journalisten Robert Scheer, der Reagan wochenlang auf seiner Wahlkampftour begleitet hatte, antwortete Reagan in einem abschließenden Interview auf die Frage, warum er Präsident werden wolle, folgendermaßen: Er habe die Überzeugung gewonnen, daß er imstande sei, etwas zu tun, was getan werden müsse, und er fühle sich dabei durch einen Ausspruch von Papst Pius XII bestätigt, der am Ende des 2. Weltkriegs im Zusammenhang mit dem Überleben der Sowjetunion und der Gefahr, daß die Welt nun "in ein Jahrtausend der Dunkelheit eintreten" könne, gesagt habe: "Das amerikanische Volk verfügt über eine große Begabung und Fähigkeit, große und edelmütige Dinge zu vollbringen. Eine leidende Menschheit ist von Gott in die Hände der amerikanischen Nation gelegt worden." "Ich möchte erleben", so Reagans eigenes Bekenntnis, "ich möchte mithelfen, daß wir zu jenen von einem unbändigen Unabhängigkeitsstreben beseelten Amerikanern zurückfinden, zu jenen Menschen, die diese großen Taten vollbringen können ... und ich glaube an ihre Größe und glaube, daß dieses Land eine Bestimmung hat." (Scheer, 254).

sozialistischer Politik sein, sondern eher der Logik des Politischen selbst entspringen.¹²

2. Interne Bedingungen

a. Anfangsphase

Was die internen Bedingungen für das sozialistische Revolutionsprojekt anlangt, kann ich mich kürzer fassen, da hier die Grundstrukturen nicht nur relativ unumstritten, sondern auch allgemein bekannt sind. Entgegen allen Erwartungen der Theoretiker der Arbeiterbewegung fand der erste Versuch einer sozialistischen Umwälzung nicht in England, Frankreich oder Deutschland, sondern in Rußland statt, in einem Land also, in dem die von den Theoretikern der sozialistischen Bewegung für eine erfolgreiche Revolution als notwendig erachteten ökonomischen und politischen Bedingungen gänzlich fehlten.¹³ Die Gesellschaft war agrarisch geprägt, um 1900 waren rund 80% der Bevölkerung Bauern. Institutionell war das zaristische Rußland feudalstaatlich-absolutistisch strukturiert: Die 1861 abgeschaffte Leibeigenschaft änderte wegen der hohen Ablösesummen wenig an der Herrschaft der Grundbesitzer. Erst 1906 wurde das erste Parlament als Gegengewicht zur bis dahin absoluten Zarenmacht gebildet, Monate später nach Einführung eines verschärften Zensuswahlrechts konnte es sich dann endlich fest etablieren. Die Gesellschaft des zaristischen Rußlands verfügte also weder über ein nennenswertes Bürgertum und eine ausgeprägte Arbeiterklasse, noch über eine entwickelte bürgerliche oder gar proletarische politische Kultur (Aufklärungsideen, Erfahrungen mit demokratischen Institutionen und gewerkschaftlichen Kämpfen). Rußland war von der politischen Kultur her gegenüber Deutschland um rund fünfzig, gegenüber Frankreich um über hundert, gegenüber England vielleicht um zweihundert Jahre im Rückstand.

So kann es nicht verwundern, daß auch die politische Arbeiterbewegung erst am Anfang stand: 1898 fand zum erstenmal ein sozialdemokratischer Parteitag statt, um 1900 bildeten sich die sogenannten Sozialrevolutionäre, eine Intellektuellengruppe, die mit vornehmlich terroristischen Ak-

12 Dies hat Ekkehart Krippendorff in einer breitangelegten historischen Studie über die "Pathologie der Staatsraison" und ihr regelmäßiges Einmünden in den Krieg überzeugend nachgewiesen.

13 Zu den Vorstellungen, die Marx, Engels, Lenin und Stalin über die für Revolutionen erforderlichen historischen Bedingungen hatten, siehe z.B. Leonhard, 106-120.

tionen vor allem das Ziel einer Agrarreform durchzusetzen hoffte. In der Sprache der sozialistischen Klassiker zusammengefaßt: Weder die objektive Bedingung für eine antikapitalistische Revolution, der "unerträglich verschärfte Widerspruch" zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, noch die subjektiven, die Zusammenballung der Arbeitermassen in Großbetrieben, das gemeinsame Sichbewußtwerden der Klasseninteressen und der Notwendigkeit der revolutionären Aktion waren in Rußland vorhanden. Lenins bekannte Konsequenz: Nur eine autoritär strukturierte sozialistische Kaderpartei hat in einem solchen Land eine Chance.

"Je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation einengen, und zwar soweit, daß sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem absolutistischen Lande sein, eine solche Organisation 'abzufangen'." (Lenin, 277)

Dieses Konzept, zunächst innerhalb der russischen Sozialdemokratie vertreten, vertrug sich nicht mit den Vorstellungen eines beachtlichen Teils der Parteimitglieder, so daß es 1903 zur Spaltung zwischen den 'Bolschewisten' (Mehrheitlern) und den "Menschewisten" (Minderheitlern) kommen mußte.

Als eineinhalb Jahrzehnte später die deutsche Regierung, nach dem Scheitern ihrer Kriegspläne, auf eine möglichst schnellen Kapitulation Rußlands angewiesen war und deshalb Lenin die Möglichkeit eröffnete, aus dem Schweizer Exil nach Rußland zu reisen, damit er dort die nach der Abdankung des Zaren bereits weitgediehene Revolution vollende, befanden sich die Bolschewisten in dem nur fünf Wochen vorher gebildeten Petrograder Sowjet noch in der Minderheit. In den Folgemonaten nahm ihr Einfluß jedoch in Petersburg und anderen Groß- und Garnisonsstädten, wo die katastrophalen Auswirkungen der Durchhalteparolen der Übergangsregierung (Lwow und Kerenski) am krasssten mit den fortwährenden militärischen Niederlagen (August bis November: Bukowina, Galizien, Riga, Ostseeküste) kontrastierten, immer mehr zu, so daß die Bolschewisten dort zur stärksten Kraft wurden. Auf dem Land hingegen dominierten die Sozialrevolutionäre. Nachdem am späten Abend des 7. November 1917, dem Tag der Revolution, der 2. Allrussische Sowjetkongreß in Petersburg zusammengetreten war, stellte sich heraus, daß die Bolschewisten nur mithilfe des linken Flügels der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten über die Mehrheit verfügten. Erst als unter dem Eindruck der soeben begonnenen Beschießung des Regierungssitzes im Winterpalais der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre und die Menschewisten, die immer noch einen Kompromiß mit der Regierung suchten, unter Protest den Saal verließen, waren

die Bolschewisten in der Mehrheit und damit an der Macht. (Rauch, 70f.) Als Trotzki dem verbliebenen Rest der Sozialrevolutionäre zurief "Eure Rolle ist jetzt ausgespielt ... schert Euch hin, wo ihr von nun an hingehört - auf den Kehrlichthausen der Geschichte!", verließen auch sie den Kongreß. (zit. nach Rauch, 71)

Dieser Konzentration der Macht bei Lenin und seinen Leuten waren allerdings Monate vorausgegangen, in denen die innere Ordnung Rußland in Auflösung begriffen war. Der Dualismus der Provisorischen Regierung und des Petrograder Sowjets war ein "Dualismus der Ohnmacht" (Ruffmann) mit restlosem Autoritätsverfall der Regierung und weitgehender Handlungsunfähigkeit der Räteorgane. Die Oktoberrevolution, so das Fazit Ruffmanns, war im Unterschied zur spontanen Februarrevolution, die "auf konspirativem Wege planmäßig vorbereitete und durchgeführte Machtergreifung einer Minderheit auf der Grundlage, mit der Schubkraft einer tiefen revolutionären Massenströmung." (Ruffmann 1987, 19) Verschwörungstheorien sind also genauso falsch wie die Behauptung, die Revolution von 1917 sei eine Revolution der Arbeiter und Bauern gewesen; vielmehr waren beide Elemente vorhanden, wobei ab Winter 1918, mit der Politik des Rats der Volkskommissare und erst recht mit dem Höhepunkt des Bürgerkriegs, die Revolution von oben dominiert, die Volksbewegung eliminiert wurde.¹⁴ Auf dem Land, besonders im Süden, formierte sich vom ersten Tag an die Kräfte der Gegenrevolution (Zaristen, Bürgerliche, Menschewisten und Sozialrevolutionäre).

Fazit: Der Sieg des Sozialismus verdankte sich in Rußland den nationalen Kriegsniederlagen (wie im übrigen 12 Jahre vorher der Sieg des Parlamentarismus die Folge der Niederlage gegen Japan war). Der Sozialismus konnte nicht aus einer sozialökonomisch revolutionsträchtigen Situation herausreifen, sondern erblickte durch eine Art "Zangengeburt" die Welt, wurde aus der Minderheitsposition einer Kaderpartei über weite Strecken autoritär und gewaltsam etabliert (Auflösung der nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählten verfassungsgebenden Nationalversammlung Januar 1918, Bürgerkrieg 1918-1922, Fraktionsverbot in der KPdSU 1921 u.a.m.).

14 Rauch vereinfacht unzulässig, wenn er die spontane Komponente unterschlägt: "Es ist eine leere Fiktion zu behaupten, daß die Arbeiterschaft am Tag der Oktoberrevolution die Macht ergriffen hätte. Es war die bolschewistische Partei, die im Namen der Arbeiterklasse, faktisch aber über ihren Kopf hinweg, die Gewalt an sich riß." (Rauch, 71).

b. Die Mittelphase

Der Stalinismus war eine Radikalisierung der Strukturen, die mit der Geburt des Sowjetstaates begründet waren. Die Regierung hatte wenig Erfahrung in Sachen Demokratie und Wirtschaftsplanung, es blieben zur strategischen Orientierung nur die eigenen Erfahrungen mit der zaristischen Geheimpolizei sowie die spärlichen und wenig ermutigenden revolutionären Erfahrungen aus dem Ausland (Frankreich 1871, Deutschland und Ungarn 1918/9), die allesamt zeigten, daß Überleben und Erfolg des Sozialismus eine letztlich militärisch zu entscheidende Machtfrage ist. Die Konsequenz aus diesen historischen Vorbildern hieß: absoluter Vorrang für den Machterhalt. Es kam hinzu, daß das durch die beschleunigte Industrialisierung bewirkte rasche Wachsen der Arbeiterbewegung zu einem schnellen relativen Rückgang ihres alten, ideologisch gefestigten Kerns führte und somit die Versuchung zur Schaffung zentralistischer Parteistrukturen groß wurde. Die Prinzipien der allgemeinen Wahlen und der jederzeitigen Abberufbarkeit der Funktionäre, die Marx am Beispiel der Pariser Kommune als zentrale Elemente der politischen Willensbildung in einem sozialistischen Staat dargestellt hatte, wurden sukzessive aufgegeben; die Macht sammelte sich immer mehr in einer immer kleiner werdenden Spitze. Symptome für diese Entwicklung: Zwischen 1939 und 1952 gab es keinen einzigen Parteitag, zwischen 1932 und 1947 keinen Gewerkschaftskongreß, und die von Lenin eingeführte 'Arbeiter- und Bauerninspektion', als unabhängige Kontrolle der Verwaltung von unten gedacht, wurde 1934 als integraler Bestandteil der Verwaltung selbst umorganisiert. (Hofmann, 53) Leitbild für den Parteifunktionär war unter Stalin nicht mehr der 'Volkstriebun', sondern der militärische Führer.

"Drei- bis viertausend Menschen", so Stalin, "stellen die Generäle unserer Partei. Dreißig- bis vierzigtausend Mittelbefehlshaber konstituieren das Offizierskorps. Schließlich sind hundert- bis hundertfünfzigtausend Parteiführer sozusagen die Unteroffiziere der Partei." (zit. nach Hofmann, 54)

Gleichzeitig wurde auch die theoretische Diskussion eliminiert, Alternativkonzepte der sozialistischen Transformation konnten weder gedacht noch vertreten werden. Der Marxismus wurde den Erfordernissen des Stalinismus untergeordnet, was zu einer Verkehrung seiner Grundlagen führte. So wurden unter Stalin die Ideen und die sie tragenden Einzelpersonen als die führenden Kräfte der Geschichte erklärt, eine subjektivistisch-idealistische Geschichtsauffassung vertreten, die schließlich einem einzigen Mann die Leistungen einer ganzen Epoche zuschrieb. (Hofmann, 81)

Weitere Folgen der vorzeitig-gewaltsamen Errichtung des Sozialismus: die Ratlosigkeit in der Frage, wie mit den Bauern umzugehen sei (Verfahrensweise und Tempo bei der Kollektivierung in Abhängigkeit von der sachlogisch dazugehörigen Bereitstellung landwirtschaftlicher Maschinen durch die Industrie); das unklare und wechselhafte Konzept der ökonomischen Entwicklung (ab 1918 radikaler Kriegskommunismus; 1921 beschränktes Privateigentum mit Marktmechanismen unter dem Stichwort 'Neue Ökonomische Politik'; ab 1929 zentrales und langfristiges Planungssystem; seit Mitte der 80er Jahre Wiederannäherung an das Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft, das heute immer deutlichere kapitalistische Züge erhält); schwerwiegende Fehler bei der Integration der Nationalitäten (z.B. gewaltsame Sezhaftmachung der Nomaden in Kasachstan, Oktroyierung russischer Eliten in nichtrussischen Gebieten, besonders konfliktträchtig im Baltikum).

c. Endphase

In der gegenwärtigen Endphase zeigt sich besonders, welche Last der aus der Zarenzeit geerbte Vielvölkerstaat für das sozialistische Revolutionsprojekt wirklich darstellt: Erst unter dem Eindruck der sich seit Mitte der 80er Jahre fortwährend verschlechternden Versorgungslage und dem damit einhergehenden Autoritätsverlust der Zentralregierung werden die gewaltigen zentrifugalen Kräfte der fast 200 Völkerschaften mit fast ebensovielen Sprachen und unterschiedlichsten Kulturen frei. Die Ursprünge der Nationalitätenkonflikte liegen aber zum Teil vor 1917: z.B. Spannungen zwischen Aserbaidzhanern und Armeniern (Erster Weltkrieg) oder zwischen Georgiern und nichtgeorgischen Minderheiten. (Meyer, 18f.) Die nationalen Eliten gruppierten sich unter der Oberfläche sozialistischer Eigentumsverhältnisse teilweise um alte Stammesverbände und Familienclans, die Teile des Wirtschaftslebens immer mehr unter ihre Kontrolle gebracht haben und mittlerweile "mafiaähnliche Aktivitäten" entfalten. (ebd., 25) Durch die aktuelle Krisenlage, den Zerfall der Autorität der Zentralregierung, ist in den Sowjetrepubliken insgesamt offensichtlich die Tendenz gewachsen, sich in alte Traditionen zu flüchten, in der fragwürdigen Hoffnung, dort Sicherheit zu finden.

Fazit also auch im Blick auf die inneren Bedingungen: Vom ersten Tag an denkbar ungünstige Voraussetzungen zur Realisierung dessen, was sich die Theoretiker des Sozialismus im 19. Jahrhundert ursprünglich einmal vorgestellt hatten, und zwar politisch wie ökonomisch. Politisch, weil - besonders in der Anfangs- und Mittelphase - statt radikaler Demokratie der Primat des Machterhalts wirksam war, und zwar der Führung gegenüber

der restlichen Partei, der Partei gegenüber dem Staat, des Staates gegenüber der Staatenwelt. Und ökonomisch, weil - und dies zeigte bzw. zeigt sich besonders in der Anfangs- und Schlußphase - es sich beim "realen Sozialismus" eher um eine halbbürgerliche "Notstandsökonomie" (Robert Kurz in Konkret 3/90) mit stark kriegswirtschaftlichen Zügen gehandelt hat, in der die Wirtschaft zwar geplant wurde, aber dieser Plan noch nach den Kriterien der kapitalistischen Warenproduktion ausgerichtet wurde (Stichworte: sozialistische Akkumulation, westliche Konsumstandards als allgemeines Ideal). Vieles spricht heute dafür, daß unter den historischen Bedingungen kaum mehr möglich war. Insbesondere bestand wenig Chance, den Menschen die Erfahrung zu vermitteln, die für die Weiterentwicklung des Sozialismus in Richtung Kommunismus nach Marx'scher Auffassung unabdingbar ist: die Erfahrung einer gesicherten materiellen Reproduktion, ohne den Zwang zu individueller Gegenleistung, ohne Äquivalenzprinzip, mithin die Erfahrung von gesellschaftlicher Geborgenheit, ohne die der neue Mensch nicht gedeihen kann.

3. Wechselwirkungen und Konsequenzen

Zu der Tatsache, daß das Experiment von 1917 von Anfang an fast die ganze Welt gegen sich hatte und daß der durch Zangengeburt hervorbrachte Sozialismus von Anfang an zu seinem Überleben auf die Intensivbehandlung durch eine Partielite mit diktatorischen Vollmachten angewiesen war, kommen fatale Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Bedingungen mit selbstverstärkenden Tendenzen.

Zum einen Wechselwirkungen zwischen externen und internen Faktoren: Die äußere Bedrohung verstärkte den Bedarf nach autoritären Strukturen, dies erzeugte im Ausland Angst, verstärkte den Antikommunismus und Antisowjetismus und diente so als weiterer Grund zur Erhöhung des Bedrohungspotentials, das gegen die Sowjetunion gerichtet wurde. Solche selbstverstärkende Prozesse haben es an sich, daß sie, einmal in Gang gekommen, nicht mehr zu bremsen sind und der Auslöser bald nicht mehr bedeutsam ist. Deshalb ließe sich diese Kausalkette auch von der anderen Seite, von den internen Faktoren, dem Stalinschen Terror her, aufziehen.

Zum anderen gab es Wechselwirkungen zwischen einzelnen inneren Faktoren, vornehmlich zwischen ökonomischen und politischen: Konsumverzicht, von der Regierung in Hinblick auf die Erfordernisse der nationalen Sicherheit den Bürgern aufgezwungen, führte zu politischem Widerstand, dieser zur Allgegenwart subjektiver Schuldzuweisungen, zum Sabotagevorwurf bei jeglicher Art von Planverfehlung, was dann die großen

Säuberungen zwischen 1936 und 1938 zur Folge hatte, durch die bekanntlich erhebliche Teile der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Militäreliten ausgeschaltet wurden, was zu einer weiteren Verminderung des Leistungspotentials führte. Von den 7 Mitgliedern des Leninschen Politbüros beispielsweise überlebte ein einziges, nämlich Stalin; von den 139 Mitgliedern des 1934 gewählten Zentralkomitees sollen 114 liquidiert worden sein. (zit. nach Schmid, 137) Der einmal in Gang gesetzte Teufelskreis ließ sich kaum mehr stoppen, auch hier könnte man die Dialektik von der anderen Seite her aufzäumen.

Und dennoch: Rein ökonomisch betrachtet waren die Leistungen der Sowjetunion über viele Jahrzehnte beachtlich. So wird geschätzt, daß ihr Anteil an der industriellen Weltproduktion zwischen 1922 und 1937 von 1 auf 10% (Deppe/Meyer, 9) gestiegen ist. Und für die Zeit zwischen 1950 und 1980 registrierte der CIA, dessen Angaben nach den eingangs zitierten Korrekturen allerdings vor dem Hintergrund seines speziellen Interesses an der Sowjetunion zu interpretieren sind, ein jährliches Wachstum von 4,7% (USA: 3,4%), wodurch sich der Abstand des sowjetischen zum amerikanischen BSP kontinuierlich verringerte und die Sowjetunion in diesem Zeitraum im Welthandel vom 16. zum 8. Platz aufrücken konnte. (Beyme, 91) Erst in den 80er Jahren ist es rapide bergab gegangen, nicht zuletzt durch den Versuch, dem Reaganschen Aufrüstungsprogramm folgen zu wollen. Dies allerdings auf beiden Seiten zu einem beachtlichen und noch keineswegs abschätzbaren Preis: in den USA Verdreifachung des Haushaltsdefizits innerhalb von 10 Jahren und drohende Zahlungsunfähigkeit der Regierung, in der Sowjetunion Bürgerkriegsgefahr - historisch erstmalig in einem atomar hochgerüsteten und zudem mit ca. 45 Atomkraftwerken hochverletzbar und hochexplosiven Land.¹⁵

Welche Schlußfolgerungen sind aus diesen historischen Umständen des Versuchs und des Scheiterns einer sozialistischen Revolution zu ziehen? Die skizzierten Fakten sollten zeigen, daß auch empirisch einiges gegen einen vorschnellen Schluß vom Planwirtschaftsprinzip zum Scheitern des sowjetischen Experiments spricht. Es gibt innerhalb der marxistischen Theorietradition ja auch noch andere Erklärungen. So z.B. von Leo

15 Diese Dimension der Bedrohung aus dem Osten hatte der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger sicherlich nicht im Auge, als er dem *Spiegel* 1981 verkündete, die USA müßten sicherstellen, "daß dieses sowjetische Imperium, wenn es denn aufgrund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem großen Knall." (*Spiegel* 40/81, 150) In Wahrheit drohte damals schon ein Winseln *mit* Knall, das der Westen, so die Konsequenz meiner Argumentation, wesentlich mitverursacht hat und das nun auf die ganze Welt mit unabsehbaren Konsequenzen zurückzuschlagen droht.

Trotzki, der das Konzept des nationalen Sozialismus, des "Sozialismus in einem Lande", wegen der ständigen Interventions- und Konterrevolutionsgefahr für nicht praktikabel hielt. Sein Gegenkonzept der "Permanenten Revolution" besagt, daß die Revolution, die wegen des relativ geringen Gewichts der Arbeiterklasse in Rußland nur bis zur bürgerlich-bürokratischen Phase fortgeschritten sei, weitergeführt werden müsse, und zwar im Innern wie im europäischen Ausland, bis überall die Arbeiterklasse wirklich an der Macht sei und die Produktion wirklich in ihren Händen habe. (Schuler-Jung, 375-397) Oder der zeitgenössische amerikanische Theoretiker Immanuel Wallerstein: Er interpretiert den Versuch, Sozialismus in einem Lande errichten zu wollen, als nationale Entwicklungsstrategie, die typisch ist für semiperiphere Gesellschaften im kapitalistischen Weltssystem; der 'Marxismus-Leninismus' ist für ihn die für solche Entwicklungsstrategien unentbehrliche Mobilisierungsideologie. Ein solches Konzept ist wegen der übernationalen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Weltsystems, der gegenüber Staatsgrenzen rücksichtslosen Akkumulations- und Politiklogik, von vornherein zum Scheitern verurteilt, genauso wie die nationalen Befreiungsversuche in der Peripherie (Dritten Welt), die von der Ideologie der autozentrierten Entwicklung angetrieben werden. (Wallerstein, 126-137)

Daß die Marxschen Prophezeiungen durch die reale Geschichte falsifiziert worden seien, diese Überzeugung gehört seit langem zum Kernbestand der politischen Bildung in der westlichen Welt. Diese Lehre erweist sich heute als falsch, die ihr zugrunde liegende historische Bilanz als übereilt. Der gegenwärtige Zerfall des 'realen Sozialismus' in Osteuropa und der Sowjetunion hat Marx im Gegenteil sogar wieder rehabilitiert. "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter", hat er 1859 in seinem Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie geschrieben, "bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind". (Marx, 9) Genau so ist es gekommen, der Versuch einer künstlich eingeleiteten vorzeitigen Geburt ist gescheitert.¹⁶

16 Im Anschluß an diese Überlegungen stellt sich die Frage, weshalb in der gegenwärtigen Diskussion, insbesondere unter Wirtschaftswissenschaftlern, von solchen historischen Fakten so wenig Notiz genommen wird. Meine Hypothese: Dies hängt mit der Eigenart der neoklassisch geprägten Modellierung der Realität zusammen, mit impliziten Analogiebildungen zwischen individuellen (Konsumenten, Produzenten) und kollektiven (Volkswirtschaften) Akteuren, die im Modell als Wirtschaftssubjekte das Marktgeschehen konstituieren. Der methodologische Individualismus der Neoklassik abstrahiert dabei von aus *historischer* Sicht wichtigen Unterschieden zwischen diesen Wirt-

Literaturverzeichnis

- Beyme, Klaus (1985): Die Sowjetunion in der Weltpolitik, 2. überarbeitete Auflage, München, Zürich.
- Deppe, Frank, Meyer Gert (1984): Vorwort, in: Hofmann, Werner, Was ist Stalinismus?, Heilbronn.
- Erdmann, Karl Dietrich (1980): Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1939 (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 20), München.
- Görtemaker, Manfred (1981): Reagan-Amerika und Westeuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', 32/81, S. 3-19.
- Grupp, Claus D. (1982): Aufrüsten - Abrüsten. Die Suche nach Wegen zum Frieden, Stuttgart.
- Hitler, Adolf (1933): Mein Kampf, 24. Auflage, München.
- Hofmann, Werner (1984): Was ist Stalinismus? Vorwort von Frank Deppe und Gert Meyer, Heilbronn.
- Horowitz, David, Kalter Krieg (1969): Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 1, Berlin.
- Kade, Gerhard (1979): Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der "Gefahr aus dem Osten", Köln.
- Krippendorff, Ekkehart (1985): Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt/Main.
- Kühnl, Reinhard (1988): Der Faschismus. Ursachen, Herrschaftsstruktur, Aktualität. Eine Einführung, 2. erweiterte Auflage, Heilbronn.
- Lenin, W. I. (1946): Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Bd. 1, Moskau.
- Leonhard, Wolfgang (1962): Sowjetideologie heute, Bd. 2: Die politischen Lehren, Frankfurt/Main.
- Marx, Karl (1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, Berlin (DDR), 1974.
- Meyer, Gert (Hrsg.) (1990): Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion, Köln.
- Rauch, Georg von (1969): Geschichte der Sowjetunion, 5., verbesserte und erweiterte Auflage, Stuttgart.
- Reheis, Fritz (1989): Teilung - Sicherheitspolitik - Aufrüstung. Über die Wurzeln des Gegensatzes zwischen Ost und West, in: Praxis Geschichte 2/89, S. 42-47.
- Rosenfeld, Günter, Schützler, Horst (1985): Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917-1983, Berlin (DDR).
- Ruffmann, Karl-Heinz (1972): Sowjetunion, München.
- ders. (1987): Fragen an die sowjetische Geschichte. Von Lenin bis Gorbatschow, München.

schaftssubjekten, nämlich der *Genese* von Präferenzen und Anfangsausstattungen. In dieser neoklassischen Modellwelt können die Individuen über ihre Präferenzen genauso verfügen wie die Völker über ihre Geschichte.

- Scheer, Robert (1983): Und brennend stürzen Vögel vom Himmel. Reagan und der "begrenzte" Atomkrieg, München.
- Schmid, Dieter (1979): Fragen an die Geschichte, Bd. 4, Frankfurt/Main.
- Schuler-Jung, Helga (1977): Politische Theorie Trotzki's und Trotzkiismus, in: Neumann Franz (Hrsg.), Handbuch politischer Theorien und Ideologien, Reinbek bei Hamburg, S. 375-397.
- Schweigler, Gebhard (1987): Die Außenpolitik der USA, in: Kaiser, Karl, Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Weltpolitik. Strukturen - Akteure - Perspektiven (Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 217), Stuttgart, S. 319-333.
- Sipols, V.J. (1985): Die sowjetische Diplomatie im 2. Weltkrieg. Antihitlerkoalition, Teheran, Jalta, Potsdam, Köln.
- SIPRI (Hrsg.) (1980): Rüstungsjahrbuch '80/81, Reinbek.
- Wallerstein, Immanuel (1990): Marx, der Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltsystem, in: Prokla 78, S. 126-137.

Abstract

In common the fall of the socialist world is simply explained as a result of its planned economy. In contrast to this view it can be shown that the socialist transformation project in Russia, beginning in 1917 and obviously ending in our days, was based on very bad external und internal conditions from its beginning up to now. Bad external conditions, because the capitalist world, including German fascism especially, has faced the SU from the beginning with a superior economic, technical and military power. This power was used in different ways against essential interests of Soviet policy. Bad internal conditions, because Russia was an agricultural feudal country, in which neither a bourgeois class with ideas of the Enlightenment nor a working class with trade union experience existed. So the socialist transformation was based from its beginning on an authoritarian policy, leading into Stalinist terrorism. On the whole, the history of the SU shows that the attempt to build up socialism in one single country - and beyond that in an underdeveloped one - had to fail.